Leipzig, 1. Juli 1885.

* Das Befinden des Kaisers ist nach den Mittheilungen der „Post" durchaus zufriedenstellend. Ueber die Dauer des Aufenthaltes Seiner Majestät in Bad Ems sind endgiltige Bestimmungen noch nicht getroffen worden, weshalb auch die Nachrichten einiger Blätter, wonach Se. Majestät bereits in den ersten Tagen des nächsten Monats Bad Ems zu verlassen und nach Wildbad Gastein weiter zu reisen gedenke, in jeder Beziehung verfrüht sind.

* Der Kaiser hat dem Sultan einen prachtvollen Viererzug Trakehner Füchse aus seinem eigenen Stall geschenkt und ist der kaiserlich ottomanische General v. Hobe Pascha, Generaladjutant und Oberstallmeister des Sultans, beauftragt, diese Pferde in Berlin in Empfang zu nehmen, um sie nach Konstantinopel überzuführen. General v. Hobe Pascha hat außerdem bei seiner Anwesenheit in Deutschland wiederum einige 20 Stück hervorragender Pferde für den Marstall des Sultans angekauft, welche sowohl der deutschen Pferdezucht, wie dem Geschmack und Verständniß des jetzigen Oberstallmeisters des Sultans, unserem Landsmanne, alle Ehre machen. v. Hobe Pascha wird in den ersten Tagen des Juli mit dem ganzen Transport über Odessa nach Konstantinopel sich begeben, um dort zum Bairamsfeste einzutreffen.

* Im ultramontanen Lager in Preußen bereiten sich interessante Dinge vor. Anläßlich einer Verfügung des Generalvicariats in Paderborn herrscht in klerikalen Kreisen eine lebhafte Bewegung, die noch zu mancherlei wichtigen Consequenzen führen könnte. Die Gegensätze zwischen der ultramontanen Kampfpartei, die vom Frieden nichts wissen will, und den versöhnlicheren und gemäßigteren Elementen stoßen wieder einmal aufeinander. Jene Paderborner Verfügung, die übrigens schon aus dem Februar datirt, macht die jungen Leute, welche sich dem Priesterstande widmen wollen, auf die gesetzlichen Vorschriften über die erforderlichen philosophischen, theologischen und historischen Vorlesungen aufmerksam und weist sie an, sich von den Professoren über den Besuch der betreffenden Vorlesungen eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, aber, wie die „Germania" giftig bemerkt: „Die Verfügung soll den Dispens unmöglich machen, die Theologen der Diöcese Paderborn sollen von jetzt ab auch ohne Dispens den Anforderungen der jetzt geltenden, formell von der Kirche noch in keiner Weise anerkannten Gesetzgebung bezüglich der Vorbildung genügen." Bis zu einem gewissen Grad liegt ja in der Paderborner Verfügung das Zugeständniß, daß das sogenannte Culturexamen Dinge von den katholischen Geistlichen verlangt, welche auch die Kirche als nützlich und nothwendig anerkennt, und es läßt sich daraus die Hoffnung schöpfen, daß es mit der Zeit zu einer sachlichen Verständigung über die geistliche Vorbildung kommen werde. Das fühlen auch die klerikalen Eiferer heraus, denen der kirchenpolitische Kampf Existenzbedingung und Selbstzweck geworden ist. Sie erblicken in dem Hinweis auf die gesetzlichen Vorschriften über die geistliche Vorbildung in gewissem Sinne eine Anerkennung der Maigesetze, und es herrscht gegen die geistliche Behörde, bezw. den Bischof von Paderborn, von welchem dieser Erlaß ausgegangen, eine Mißstimmung und Erbitterung, die sich kaum mehr durch die Scheu vor der hochstehenden kirchlichen Autorität des Bischofs Schranken auferlegen läßt. So sagt ein besonderes hitziges klerikales Organ, das „Düsseldorfer Volksblatt", zu dieser und einer anderen Nachricht, wonach der Cultusminister den Gebrauch eines von den Bischöfen approbirten und eingeführten katholischen Katechismus für den Schulgebrauch verboten habe. „Aus diesen beiden Nachrichten folgt ein Doppeltes: 1) der Minister ist in Preußen die oberste Instanz für die Frage, welcher Katechismus von katholischen Kindern soll gelernt werden; 2) das preußische Staatsgesetz giebt die Norm für die Studien des katholischen Klerus. Wenn die Nachrichten wahr sind, so dürfen wir wohl fragen: Lohnt es sich noch der Mühe, um einem Kampfe auf Seite der preußischen Katholiken für die Rechte und die Freiheiten ihrer Kirche zu reden? An dem Tage, der uns die letzte Spur der Hoffnung, die Nachrichten könnten sich nicht bestätigen, rauben wird, müssen wir fragen: Also doch geschlagen, unterlegen, besiegt?! Mortsmarl!" Auch die vorsichtigere und diplomatischere „Germania" fragt in scharfem Ton: „Steht der Erlaß isolirt da, oder besteht Gleiches oder Aehnliches auch für die andern Diöcesen außer Paderborn? Will er ein Provisorium oder einen dauernden Zustand schaffen? Und ist er mit Gutheißung des päpstlichen Stuhles gefaßt worden, welcher ja mit der preußischen Regierung gerade auch wegen der Vorbildungsvorschriften verhandelt oder nicht?" Und in einem anderen Artikel bemerkt das leitende ultramontane Blatt: „Den ohnehin so schwer geprüften und tief besorgten preußischen Katholiken sollten doch möglichst Prüfungen dieser Art erspart bleiben. Die katholischen Schlachtreihen stehen heute noch vollständig muthig da, aber zu leugnen ist nicht, daß dieser Muth etwa bis zum Jahre 1880 leichter zu erhalten war als seitdem, und daß deshalb sorgfältiger als je Alles vermieden werden muß, was mißverständlich, verwirrend und deshalb auf die Dauer entmuthigend wirken könnte." Man sieht, die kirchlichen Oberen könnten leicht merkwürdige Erfahrungen mit der klerikalen Demagogie machen, die nicht ohne die Schuld Jener so mächtig geworden ist.

* Der Vorstand des neugegründeten nationalliberalen Vereins für den Westen Berlins hat sich nunmehr constituirt; Dr. Ernst Zimmermann wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes gewählt.

* Eine größere Anzahl von Zeitungen hat anläßlich des Görlitzer nationalliberalen Delegirtentages die Mittheilung gebracht, daß der preußische Landtagsabgeordnete von Schenckendorff die Correspondenten der conservativen Zeitungen ersucht habe, den Saal zu verlassen, indessen er zwei fortschrittliche Correspondenten in der Versammlung belassen hätte. Weiter wird gemeldet, daß derselbe Abgeordnete in seinem Referat über die Wahltaktik und Organisation der Partei in der Provinz Schlesien sehr stark „nach links geliebäugelt" hätte. Herr von Schenckendorff hat jetzt in der „Niederschlesischen Zeitung", dem Organe der nationalliberalen Partei des Görlitz-Laubaner Wahlkreises, eine Erklärung veröffentlicht, aus der wir entnehmen, daß jene Mittheilungen durchaus irrige sind. Schon am Vorabend hat er einem fortschrittlichen Correspondenten den Zutritt versagt, weil es sich um rein interne Angelegenheiten der Partei, insbesondere um Wahlangelegenheiten handle. Als bei der Versammlung selbst sich dann zwei conservative Correspondenten einfanden, wurde ihnen bemerkt, daß man gerechterweise sie ebenfalls nicht zulassen könne. Es wurde indeß auf Vorschlag des schlesischen Centralcomités dann eine Vereinbarung getroffen, daß die betreffenden Correspondenten während der politischen Rede des Herrn Professor Roepell anwesend bleiben könnten, daß sie indeß bei Beginn des von Schenckendorff'schen Referats den Saal verlassen möchten. Hiernach ist verfahren. Daß dann zwei fortschrittliche Correspondenten in der Versammlung verblieben wären, ist ebenso unrichtig; denn der eine, der Redacteur des „Boten aus dem Riesengebirge", erklärt in seiner Zeitung selbst, daß er an jenem Tage Hirschberg gar nicht verlassen habe, und der zweite war kein fortschrittlicher Correspondent, sondern der Besitzer der „Laubaner Zeitung", des Organs der nationalliberalen Partei im Laubaner Kreise. Somit ist auch dieser Einwand hinfällig. Nicht mehr ist die gerügte Liebäugelei nach links den Thatsachen entsprechend. Man war nach allen uns über jenes Referat zugegangenen Mittheilungen vielmehr darüber völlig einig in der Versammlung, daß die Stellungnahme des Herrn von Schenckendorff eine durchaus objective und auf die bestehenden Verhältnisse in Schlesien sich stützende gewesen ist. Hiernach ist er zu dem Schluß gekommen, daß in den überwiegend meisten für die nationalliberale Partei in Betracht kommenden Wahlkreisen Schlesiens ein Zusammengehen mit den rechts stehenden Gruppen zu empfehlen sei. Niemand wird somit das Verhalten des genannten Abgeordneten anders als für ein correctes und gerechtes zugleich erachten können. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch noch auf eine von Herrn Professor Roepell auf dem Görlitzer Parteitag gemachte Bemerkung zurückkommen, die einiges Aufsehen erregt hat, wir meinen die über die Bimetallisten. Es dürfte in den Reihen der Nationalliberalen, insbesondere der Parlamentarier unter denselben, diese münzpolitische Richtung dermalen sehr schwach vertreten sein. Daß aber aus einer so vereinzelten wirthschaftlichen und technischen Frage nicht eine Programmforderung für eine politische Partei gemacht werden kann, ist selbstverständlich. Am allerwenigsten dürfte dazu die nationalliberale Partei sich veranlaßt fühlen, die mit vollem Bewußtsein auf dem Gebiete der Wirthschaftsfragen größere Gegensätze in sich duldet. Herr Professor Roepell hat seiner ganz flüchtig und beiläufig hingeworfenen Bemerkung eine solche Spitze gewiß auch nicht geben wollen.

* In dem Gerichtserkenntnisse gegen die „Freie Zeitung" findet sich bezüglich der 2000 ℳ, an deren Stelle ein Schuldschein Stöcker's in der Casse der christlich-socialen Partei vorgefunden wurde, folgende Stelle:

„Ich knüpfe hieran den Fall mit den 2000 ℳ, die gegeben waren von irgend einem wohlthätigen Geber zur Stiftung eines Invalidenfonds. Unbestritten sind diese 2000 ℳ nicht zu diesem Zwecke verwendet worden, sondern, wie durch die Verhandlung nicht im Zweifel gelassen ist, zur Bestreitung der zur Herausgabe eines Parteiblattes erwachsenen Kosten, also nicht im Sinne des inzwischen verstorbenen Gebers. Unbestritten ist ferner an Stelle dieser 2000 ℳ — an die Casse dorthin oder dorthin ist gleichgiltig — ein Schuldschein des Zeugen Stöcker für die Stadtmission gelegt worden. Niemand wird, wie ich wiederhole, bezweifeln, daß die 2000 ℳ im Sinne des Gebers nicht verwendet sind, Niemand wird Zweifel darüber haben, daß keiner der Empfänger das Recht hatte, diese 2000 ℳ ohne Anfrage bei den hinterbliebenen Erben zu einem anderen als dem bestimmten Zwecke zu verwenden, und Niemand wird endlich darüber Zweifel haben, daß die Hinterlegung eines Schuldscheins, selbst beste Solvenz vorausgesetzt, keine geeignete Gewähr und Ersatz für die zu andern Zwecken verwendeten 2000 ℳ gewesen ist.

Die Cassenverwaltung der christlich-socialen Partei erläßt darauf folgende Erklärung in der „Kreuzzeitung":

Die christlich-sociale Partei beschloß auf Anregung einer Gabe von 50 ℳ zur Errichtung eines Arbeiter-Invalidenhauses Geld zu sammeln. Viele Mitglieder und Freunde der Partei zahlten dazu Beiträge. Da die gesammelte Summe zu gering und für den Zweck unverwendbar war, mußte die Ausführung desselben vertagt werden. Die Verfügung über das Geld stand hiernach Niemand zu als dem Vorstande der Partei. Derselbe hat das Geld zu verschiedenen Zeiten in verschiedener Art angelegt. Zuletzt hat er beschlossen, es zum Ankauf des Stadtmissionshauses als zinsloses Darlehn hinzugeben, bis es einmal im Sinne der Geber verwandt werden kann. Da die Stadtmission noch nicht Corporationsrechte hat, so sind ihre Grundstücke auf den Namen des Hofpredigers Stöcker eingetragen, der seiner Zeit den Schuldschein über die 2000 ℳ ausgestellt hat. Wir conferiren auf diese Art das Geld sicher und nach unserer Ueberzeugung ganz im Sinne der vielen Geber. Nach dieser Darlegung des Sachverhalts gestehen wir Niemand eine abfällige Kritik dieser unserer völlig berechtigten Handlungsweise in Verfügung über die gesammten Gelder zu.

Auch die Cassenverwaltung der christlich-socialen Partei wird wohl dem Gerichte und Jedermann die Kritik darüber zugestehen müssen, daß auch noch nach dieser Darlegung „die Hinterlegung eines Schuldscheins, selbst beste Solvenz vorausgesetzt" eine zweifelhafte Verwendung der zu anderm Zweck gegebenen Gelder ist, zumal da im vorliegenden Falle mindestens die Zinsen des Capitals dem wirklichen, vom Geber gewollten Zweck eingestandenermaßen verloren gehen. Ein anderer Vertheidiger ist dem Herrn Stöcker in dem christlich-socialen Bauernverein für die Ostprignitz erwachsen, der im „Reichsboten" eine Erklärung veröffentlicht, in welcher es heißt: „Wir erkennen in dem Herrn Hofprediger Stöcker einen Propheten der Wahrheit, wie unsere evangelische Kirche nur wenige gehabt hat." Professor Adolf Wagner hat die Selbstverleugnung, in der „Kreuzzeitung" seinen Freund „unsern leider nicht immer vorsichtigen, aber biedern, temperamentvollen, treuen, ehrlichen, vor Allem thatkräftigen und muthigen" Stöcker zu nennen. Die Bezeichnung „bieder" paßt Angesichts des gerichtlichen Erkenntnisses vortrefflich auf den Hofprediger Stöcker. Die Verwerthung dieses Erkenntnisses durch Stöcker's Gegner giebt übrigens einem Berliner Berichterstatter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" Anlaß, darauf hinzuweisen, daß einerseits manche Irrthümer und Widersprüche in Stöcker's Aussagen auf verzeihlicher Fahrlässigkeit beruhen mögen, daß aber zwei vollständig klargestellte Thatsachen vorliegen, die das am wenigsten günstige Licht auf Stöcker werfen:

Es ist durch die Gerichtsverhandlung festgestellt worden, daß Herr Stöcker den Schneider Grüneberg, einen ehemaligen Socialdemokraten, spätern Christlich-Socialen, einen Menschen, dem erwiesenermaßen Alles feil ist und der für 30 ℳ seinen eigenen Herrn und Meister Stöcker verrathen hat, beauftragte, bei einem christlich-socialen Fest das Hoch auf unsern Kaiser auszubringen, damit Herr Hofprediger Stöcker Sr. Majestät melden konnte, ein Socialdemokrat habe den ersten Toast auf den greisen Monarchen ausgebracht. Herr Grüneberg war allerdings kein Socialdemokrat mehr. Er war aber nicht etwa durch die Beredsamkeit des Herrn Stöcker zu einem Christlich-Socialen bekehrt worden, sondern es hatten ganz andere Gründe materieller Natur den edlen Grüneberg in die Gefolgschaft des Herrn Stöcker getrieben. Herr Hofprediger Stöcker wußte dies genau, verschwieg aber den Sachverhalt, um beim Kaiser die Meinung zu erwecken, daß es sich um einen ehrlichen bekehrten Socialdemokraten handle. Der zweite Punkt betrifft das Verfahren des Herrn Stöcker gegen seinen Amtsbruder, den Pastor Witte. Auch dieser Punct ist gerichtlich festgestellt. Herr Stöcker hatte Wind davon bekommen, daß Pastor Witte ihm in Berlin einen Gegencandidaten entgegenstellen wolle. Um seinen Amtsbruder unmöglich zu machen, theilte daher Herr Stöcker dem oben näher charakterisirten Grüneberg zur entsprechenden Verwerthung einen von ihm, Stöcker, in der gefälligsten Weise entstellten Vorgang aus dem Leben des Herrn Pastor Witte mit. Er bediente sich also einer sehr zweifelhaften Mittelsperson, um durch Verdrehung der Thatsachen einen Amtsbruder aus dem Felde zu schlagen. Für uns sind diese beiden Puncte, und nur diese, die entscheidenden. In allen andern kann ein einfacher Irrthum immerhin angenommen werden und es ist menschlich, zu irren. In diesen beiden Fällen aber ist jede Möglichkeit eines Irrthums oder einer bloßen Unbesonnenheit schlechterdings ausgeschlossen. Sie beleuchten Herrn Stöcker's Charaktereigenschaften in sehr wenig günstiger Weise, und allen krankhaften Beruhigungen seiner Anhänger wird es nicht gelingen, ihn von dem Makel zu befreien, den diese beiden gerichtlich constatirten Vorgänge seiner Persönlichkeit aufdrücken.

* * *

* Die Neuorganisation der Vereinigten Linken in Oesterreich hat in der vormöchentlichen Conferenz der deutschen Abgeordneten allerdings keine bestimmten Formen angenommen, indeß ist die bereits angekündigte bevorstehende Zweitheilung der Vereinigten Linken dennoch eine feststehende Thatsache, die durch kein officielles Vertuschen, noch durch das Gejaukader der Wiener Tagespresse aus der Welt geschafft werden kann. Man hat sich auf Seite der Deutschnationalen allerdings vorläufig gefügt; man hat für das „Fünfundzwanziger-Comité" gestimmt, man hat dies aber nur darum gethan, um der Großgrundbesitzergruppe Zeit zu lassen, vielleicht doch in einen einheitlichen deutschnationalen Parteiclub einzutreten. Da aber das Gros der verfassungstreuen Großgrundbesitzer sich heute noch auf das Bestimmteste weigert, in einen „deutschen Club" einzutreten, da von den Verhandlungen des vielgliedrigen Comités aller Voraussicht nach keine Aenderung in der Gesinnung der Anhänger der orthodoxen Verfassungstreue zu erwarten ist, so ist die Neuorganisation der Vereinigten Linken dahin gegeben, daß neben einem größeren „deutschen Club" eine kleinere deutsch-österreichische Staatspartei sich bilde, was aber keineswegs einen Triumph Taaffe's bedeutet, da in principiell entscheidenden Fragen beide Gruppen geeint vorgehen werden. Daß der deutsche Club der umfassendere sein werde, daß von ihm alle Initiativanträge ausgehen werden, läßt sich mit größter Wahrscheinlichkeit daraus bestimmen, daß über vierzig Mitglieder der sogenannten schärferen Tonart sich mit bindendem Worte verpflichteten, unbedingt einen deutschen Club zu bilden, und daß zu dieser Zahl noch etwa 40 Mitglieder der ehemaligen Vereinigten Linken, die die Berechtigung einer nationaldeutschen Politik für das deutsche Volk Oesterreichs anerkennen (darunter Herbst und Plener), hinzukommen werden; 132 Mitglieder zählt die gesammte deutsche Opposition, es dürften demnach circa 80 Mitglieder auf die deutsch-österreichische Staatspartei und über 80 auf den deutschen Club entfallen. Selbstredend wäre aber diese Neuorganisation auch nicht als feststehend zu betrachten, da der nationale Gedanke und die Erkenntniß von der Nothwendigkeit der nationalen Abwehr thatsächlich alle deutschen Wählerkreise durchdringt und somit auch indirect auf die lauen und indifferenten Abgeordneten einen moralischen Zwang ausübt. Wer hätte vor 6 Jahren, ja vor 2 Jahren noch auf solche Erfolge der deutschnationalen Bewegung in Oesterreich gerechnet, und wie gründlich hat die Noth der Zeit diese Bewegung zur Reife gebracht! Was steht den Deutschen Oesterreichs nun in abermals 6 Jahren bevor? — Ganz entschieden werden darum die Deutschnationalen auf eine weitere Herabminderung ihrer Forderungen der kleineren Gruppe der Gesammtpartei zu Liebe nicht eingehen. Die eigene Erkenntniß, wie das Gebot der Wählerschaft verpflichten die Deutschnationalen zur Aufnahme des nationalen Kampfes. Die Abgeordneten, welche der österreichischen Staatspartei sich zuneigen, suchen hingegen ihre Secession damit zu bemänteln, daß es ihre erste Pflicht sei, die deutsche Partei regierungsfähig zu erhalten. Wie wenig stichhaltig dieses Vorgeben ist, beweisen aber die bestehenden Thatsachen. Den ausgeprägt national polnischen Dr. Dunajewski hindert sein Polenthum durchaus nicht daran, im Cabinet Taaffe eine führende Rolle zu spielen, ebenso wie den mährischen Dr. Praczak sein prononcirt czechisches Bekenntniß durchaus nicht an der Ministercarriere gehindert hat.

* Die verschiedenen Fractionen der Rechten in Oesterreich scheinen diesmal in ungemein schwerer Weise unter einen Hut zu bringen zu sein. Man will auch auf altczechischer Seite die Bildung eines selbstständigen südslawischen Clubs verhüten und möchte gern die Mitglieder des Hohenwarthclubs (darunter die Slowenen) mit den Mitgliedern des Liechtensteinclubs (deutsche Ultramontanen) in einen Club vereinigen. Diese Vereinigungsversuche müssen aber nothwendigerweise an dem Widerstande der Herren vom Liechtensteinclub scheitern, welchen es darum zu thun ist, auch auf der Rechten einen rein deutschen Club zu erhalten, dem nur deutsche Abgeordnete angehören, um damit den bäuerlichen Wählern Sand in die Augen zu streuen und ihnen so weiß zu machen, daß die deutschen Ultramontanen sich nicht einfach zu Schlepptrügern der Slowenen hergeben. Selbstverständlich würde dieser rein deutsche Club auf der Rechten für das Deutschthum in Oesterreich keine Bedeutung haben. Man könnte ihn als Symptom der zwingenden Gewalt der deutschnationalen Bewegung ansehen, aber Niemand wird von den Rönlingen deutscher Abstammung, die der Volksmund bezeichnender Weise „schwarze Czechen" nennt, im Ernste die geringste Förderung deutscher Interessen erwarten.

* Die Reorganisation der ungarischen Magnatentafel ist nunmehr vollendet, indem der Kaiser 30 neue lebenslängliche Mitglieder für das Oberhaus ernannt hat. Was die ernannten Personen anlangt, so gehören dieselben der überwiegenden Mehrheit nach dem bürgerlichen Stande an und sind wenig bekannt. Die Aristokratie hat nur zwei Vertreter erhalten, die Generalität nur einen. Die Repräsentanten des Handelsstandes und der Industrie bilden den fünften Theil der ernannten Magnaten. Von ehemaligen Ministern sind Baron Ludwig Simonyi, der ehemalige Finanzminister Koloman Ghyry und der frühere Communicationsminister Paul Ordody ins Oberhaus berufen; ihnen schließt sich der alte Parlamentarier Paul Somssich an, der sich seit den letzten allgemeinen Wahlen aus dem Abgeordnetenhause zurückgezogen hat. Die Hochschulen sind durch 3 Professoren vertreten und durch Professor Kautz, der aber wohl als Vice-Gouverneur der österreichisch-ungarischen Bank berufen wurde. Die Akademie der Wissenschaften und die Schriftstellerwelt finden in dem Dichter Paul Gyulay ihren Repräsentanten. Ein sehr starkes Contingent zu den lebenslänglichen Magnaten stellen die Obergespane. Ueberdies wurde der Oberbürgermeister der Hauptstadt, Karl Rath, welcher dem Obergespanen in Rang und Stellung gleichsteht, ins Oberhaus berufen. Als Repräsentanten der jüdischen Religion sind die Herren Dr. Hirschler und Spab zu betrachten. Herr v. Tisza hat im Oberhause sowohl, als bei der zweiten Berathung der Reformvorlage im Abgeordnetenhause erklärt, er beharre zwar nicht darauf, daß in dem Gesetze die Berufung eines Vertreters der jüdischen Religion fixirt werde, er werde aber die confessionelle Gleichberechtigung dadurch zum Ausdruck bringen, daß er die Ernennung jüdischer Mitglieder des Oberhauses vorschlagen werde. Das ist, wie die Liste zeigt, geschehen.

* Die letzte Nummer der russischen Gesetzsammlung veröffentlicht ein vom Zaren bestätigtes Gutachten des Reichsraths, demzufolge auf Fabriken und Etablissements für Minderjährige und Frauen die Nachtarbeit verboten wird. Dieses Verbot tritt für Personen weiblichen Geschlechts und Minderjährige, die noch nicht das 17. Lebensjahr erreicht haben, mit dem 10. October d. Js. in Kraft, wird sich aber, wie „Nowoje Wremja" mittheilt, zunächst nur auf Baumwollspinnereien, Leinwebereien und Wollspinnereien erstrecken. Außerdem ist die Maßregel nur eine versuchsweise und ihre Giltigkeit zunächst auf drei Jahre festgesetzt. Der Finanzminister ist in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern ermächtigt, die Maßregel auch auf andere Betriebe auszudehnen. Die beiden genannten Minister sind beauftragt, innerhalb dreier Jahre eine erschöpfende Prüfung der Frage zu veranstalten und spätestens nach Verlauf der erwähnten Frist das Resultat dem Reichsrathe vorzulegen.

* Unser Correspondent schreibt uns aus Konstantinopel, 24. Juni:

Die seit dem russischen Kriege mit einer gewissen Regelmäßigkeit, meist im Herbst und Frühling, wiederkehrenden Unruhen in Macedonien dauern in diesem Jahre länger als gewöhnlich an. Der fromme Wunsch, während eines zwischen England und Rußland ausbrechenden Krieges ihrerseits auf der Balkanhalbinsel im Trüben zu fischen, hatte die Gemüther der politisirenden Bulgaren — und das sind sie Alle — erregt, die panslawistischen Comités, in Sofia namentlich, hatten eine außergewöhnliche Regsamkeit entwickelt, den Getreuen in Macedonien war Großes in Aussicht gestellt worden. Und nun, nachdem das Steinchen einmal ins Rollen gebracht war, nimmt die Sache ihren Verlauf, trotzdem die Weltgeschichte von einem russisch-englischen Kriege nichts zu verzeichnen hat und Frieden und Freundschaft selbst in Centralasien herrscht. Aber die Bulgaren in Macedonien dürfen nicht enttäuscht, das angeworbene Gesindel der Freiheitskämpfer muß etwas zu thun bekommen, die an die Grenze geschaffte Munition verbraucht werden. Den Banden, die im Laufe dieses Monats die Grenze überschritten haben, ist seitens der ottomanischen Truppen ein warmer Empfang zu Theil geworden. Es gab Todte und Verwundete, ein guter Theil dieser politischen Räuber wurde gefangen genommen. Außerdem wurden die Truppen einzelner Leute mit Tragthieren habhaft, welche Munitions-Vorräthe mit sich führten. Ferner wurde der Bandenführer Tschako dingfest gemacht und einen anderen ausgezeichneten Fang machten die Truppen an dem Kawassen des russischen Consulats in Mitrowitza, der sich, wohl mit diplomatischen Aufträgen versehen, bei der Hauptbande befand. Es liegt viel nachsichtige Freundlichkeit darin, wenn ohne allzu große Schwierigkeiten der Kawoß des russischen Consuls freigegeben wird, es ist nur fraglich, ob solche Rücksicht auf die Dreistigkeit russischer Consulatsbehörden den gewünschten Eindruck hervorbringen wird. Es ist bisweilen Unverfrorenheit zu nennen, wenn das russische Consulat in Saloniki die Herausgabe des Bandenführers Tschako verlangt, der vermuthlich auch in politischen Kawassen-Diensten thätig war. Da die russischen Consulate sich überall eo ipso für die bulgarischen Aufrührer ins Mittel legen, so auch, als es sich jüngst um die Auffindung belastender Papiere bei einem bulgarischen Kaufmann handelte, der als einer der Führer der panslawistischen Umtriebe bekannt ist, so wäre ein einfacheres Verfahren am Platze, nämlich die im Kampfe oder überhaupt bewaffnet ergriffenen Bulgaren auf der Stelle nach Militair-Gesetz zu erschießen, um wenigstens einen Theil der russischen Reclamationen gegenstandslos zu machen und so die Zahl der sich häufenden Reclamationen einzuschränken.

Mit Hochdruck betreibt die panslawistische Propaganda ihr Werk in Städten und Dörfern Macedoniens namentlich durch Vermittelung der Bilder-Verkäufer. Mit hilligen bunten Bildern, unter denen dasjenige des Czar-Befreiers, des jetzigen russischen Kaisers und Skobeleff's niemals fehlen, beladen, bringen die Händler in jede Hütte ein. An jedes der Bilder knüpft sich, als Erklärung, eine panslawistische Aufmunterung. Die Händler reisen mit russischen Pässen. Um diesen Unfug zu steuern, ist der General-Gouverneur in Saloniki mit dem dortigen russischen Consulat übereingekommen, das Feilhalten der besagten Bilder auf die Städte zu beschränken. Ob aber die russische Behörde der eingegangenen Verpflichtung gemäß verfahren wird, ist nach allen bisherigen Erfahrungen zweifelhaft. Wenn irgendwo der Rücktritt Gladstone's aufrichtig bedauert und sogar schmerzlich empfunden wird, so ist dies unter den Bulgaren. Als er zur Macht gelangte, war die Freude groß. Ueberall bulgarischer Vereine begrüßten ihn. Gladstone ging auch bald daran, in seinem Versuche die orientalische Frage am Balkan in Fluß zu bringen, den auf ihn gesetzten Hoffnungen gerecht zu werden. Der Versuch mißlang, aber die Bulgaren haben keinen Grund, in der aufrichtigen Sympathie des gestürzten englischen Staatsmannes für ihre stammfeindlichen Aspirationen und ihren Drang, sich von der russischen Bevormundung loszulösen, zu zweifeln. Darum ist das Bedauern der Bulgaren um den Sturz ihres Protectors wohl gerechtfertigt.

* Das englische Cabinet beginnt den Schleier, der seine politischen Entwürfe zur Zeit noch verhüllt, stellenweise zu lüften. Es setzt den Hebel seiner Action — ganz folgerichtig — bei der egyptischen Frage ein, als derjenigen Affaire, auf welche sich in der Hauptsache alle Verlegenheiten zurückführen lassen, in die das Inselkönigreich unter Gladstone's Regierungsthätigkeit gerathen. Dem neuen Ministerium ergebene Londoner Blätter berichteten schon am Sonnabend, daß Lord Salisbury seine äußere Politik in Einklang mit der von den mitteleuropäischen Friedensmächten vertretenen Richtung zu bringen beabsichtige. Zur Verwirklichung eines solchen Programms ist allerdings eine Wandlung der egyptischen Politik Englands die ebenso nothwendige als nützliche Vorbedingung, denn nur das einseitig-egoistische Gebahren, welches Mr. Gladstone in dieser Affaire beobachtete, war Ursache der von Jahr zu Jahr sich schärfer herausbildenden Vereinsamung Englands im europäischen Concert, insbesondere auch der zwischen den Westmächten eingetretenen Entfremdung, die Frankreich endgiltig an die Seite der mitteleuropäischen Kaisermächte geführt hat. Will Lord Salisbury in der That, wie er es dem französischen Botschafter Waddington gegenüber versichert hat, den schwebenden politischen Fragen in Uebereinstimmung mit Frankreich zur Lösung verhelfen, so kann dies nicht anders geschehen, als daß er vorweg dem französischen Interessen am Nil dasjenige Maß von Genugthuung zu Theil werden läßt, das ihnen nach dem Dafürhalten der leitenden politischen Instanzen allerdings gebührt. Vorläufig benöthigt dazu, der fernerweiten Zerfetzung des egyptischen Staatswesens selbst vorzubeugen, und unter diesem Gesichtspuncte bildet der neueste Beschluß des Londoner Cabinets, den Rückzug aus dem Sudan zu sistiren und namentlich aus Dongola einen Brückenkopf der Vertheidigung Englands zu machen, einen grundsätzlichen Bruch mit den Ueberlieferungen des gestürzten Ministeriums. Er charakterisirt sich als der erste Schritt zur Rehabilitirung des stark erschütterten englischen Ansehens, das nur in engster Anlehnung an Europa völlig gesunden kann.

* Aus der persischen Hauptstadt wird berichtet, daß auf Betreiben des Kriegsministers, eines der Brüder des Schah, die Errichtung einer Kriegs-Akademie in Teheran in Ausführung begriffen ist. Als Militair-Lehrern ausländischer Nationalität ist eine wahre Musterkarte vorhanden, nämlich: 4 Oesterreicher, 3 Franzosen, 2 Preußen, 2 Engländer und 1 Italiener. Es fehlt demnach in diesem Lehrercollegium von den großen europäischen Nationen allein der Russe.

* Aus Panama ist die Meldung eingegangen, daß die Anstrengungen der amerikanischen Regierung, den Frieden in Columbien herzustellen, sich als fruchtlos erwiesen haben. Nach Admiral Jouett's Bericht sind die dortigen politischen Differenzen derartig, daß eine friedliche Beseitigung derselben unmöglich ist. Der Admiral fügt hinzu, daß die Feindseligkeiten wahrscheinlich auf unbestimmte Zeit fortdauern werden; er erwartet heftige Kämpfe in Columbien. Wie aus Washington gerüchtweise gemeldet wird, werden wiederum Anstrengungen gemacht werden, die Regierung zu veranlassen, zum Schutz der amerikanischen Interessen am Isthmus von Panama einzuschreiten.

Vermischtes.

— Das Testament Friedrich's des Großen ist zwar Geschichtskundigen nicht unbekannt, verdient jedoch wegen der großen Denk- und Gemüthsart, die sich darin ausdrückt, weiteren Kreisen in Erinnerung gebracht zu werden. Das Schriftstück lautet: „Ich überlasse Ihnen, mein lieber Neveu, meine Staaten, meine eroberten Schlösser, meine Länder, jedoch mit dem Uebing, daß Sie die kleinen Vermächtnisse, welche ich meinen Verwandten hinterlasse, berichtigen werden, als: 1) Der Königin, meiner Gemahlin, 40,000 Thaler und eine jährliche Zulage von 10,000 Thalern. Sie hat mir in meinem Leben nie den mindesten Verdruß gegeben, schätzen und verehren Sie sie so, wie ihr unerschütterlicher Charakter es verdient. 2) Dem Prinzen Heinrich hinterlasse ich 200,000 Thaler und den Crisopasering, so ich getragen, nebst 50 Antheil ungarischen Weins. 3) Dem Prinzen Ferdinand 50,000 Thaler und eine Kutsche mit sechs Pferden. 4) Der Prinzessin Ferdinand jährlich 10,000 Thaler und ein silbern Service. 5) Der Prinzessin Amalie 10,000 Thaler und eine Tabatière mit Brillanten. 6) Der Herzogin von Braunschweig 50,000 Thaler und ein silbern Service. 7) Meinem Neveu, Herzog Friedrich von Braunschweig 50,000 Thaler. 8) Dem regierenden Herzog von Braunschweig zwei Reitpferde. 9) Dem Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig eine Tabatière mit Brillanten, weil er beständig mein Freund gewesen. 10) Der Herzogin von Württemberg 20,000 Thlr. 11) Dem Herzoge, ihrem Gemahl, einen Brillantring. 12) Der Landgräfin von Hessen-Kassel 10,000 Thlr. Ich empfehle Ihnen, mein lieber Neveu, mein braves Militair und meine würdige Armee, meine alten Officiere, vorzüglich Diejenigen, so ich um mich gehabt; mein ganzes Haus und meine Bedienten behalten Sie in Ihrem Dienste, und wenn sie alt werden, geben Sie ihnen Versorgung. Mein erstes Bataillon Garde und meine Garde du Corps jedem zwei Thaler und den alten Stabsofficieren eine goldene Medaille, worauf Sie eine der vorzüglichsten Begebenheiten des siebenjährigen Krieges werden schlagen lassen, damit sie sich meiner und des erworbenen Ruhmes erinnern können. — Diese kleinen Vermächtnisse, so ich gemacht, sind nicht aus meinem Schatz, sondern aus meiner Chatulle; ersterer gehört dem Staat, letztere aber habe ich gesammelt. — König zu sein, ist ein bloßer Zufall. Vergessen Sie nie, mein lieber Neveu, daß Sie Mensch sind. — Ich hoffe, es werden sich keine Streitigkeiten in meiner Familie erregen; möge doch die Eintracht beständig unter Ihnen herrschen, zum Ruhme Ihrer Vorfahren."

— Die dreizeilige Rechnung. Im Jahre 1816 erhielt Sachsen-Weimar seine Verfassung; ein Jahr darauf tagte der erste constitutionelle deutsche Landtag in einem der drei Darnburger Schlösser, die von steiler Felswand über Rebenhänge und Gartenterrassen auf das malerische Saalethal herabschauen. Nur der, welcher hier in der ländlichen Stille so oft das Glück der Dichtereinsamkeit gesucht hatte, Goethe, betrachtete die neuen Einrichtungen mit Mißbehagen, und als man ihm gar Rechenschaft abverlangte wegen der 11,000 Thlr., die er seit einem Menschenalter alljährlich für Kunst und Wissenschaft ausgegeben hatte, da beschloß der alte Herr, wie Treitschke im zweiten Theile seiner „deutschen Geschichte im